



Presseinformation

Nr. 025/2008 Kiel, 05. März 2008

Jan Huuk
Fraktionsvorsitzender

Wolf-Dietmar Brandtner
Stv. Fraktionsvorsitzender

Beschäftigungspolitische Eckpunkte der CDA

Offene Fragen bleiben

Zu den beschäftigungspolitischen Eckpunkten der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) erklärt die FDP-Ratsfraktion:

„Erstens: Für die von der CDA angeregte Umwandlung der Kosten der Unterkunft in Arbeitsplätze fehlt gegenwärtig die rechtliche Handhabe, weil die bundesgesetzlichen Voraussetzungen hierfür noch gar nicht geschaffen sind.

Mit anderen Worten: Die Kosten der Unterkunft (KdU) können nicht so einfach kapitalisiert, also in aktive Leistungen bzw. in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis umgewandelt werden, da die finanzielle Zuständigkeit für Eingliederungsmaßnahmen nicht bei den Kommunen, sondern nach dem SGB II beim Bund liegt. In anderen Gebietskörperschaften, z.B. im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick, wurden entsprechende Anträge auf Umwandlung vom Bundesministerium für Arbeit daher abgelehnt.

Insofern könnte sich der CDA-Vorstoß als Luftnummer entpuppen.

Zweitens: Aber selbst dann, wenn dies umgesetzt werden könnte, bleiben doch offene Fragen. Zum Beispiel die, welche Art von Arbeitsplätzen die Stadt denn nach Ansicht der CDA schaffen sollte. Zudem müssten aus unserer Sicht unerwünschte Verdrängungseffekte zu Lasten des ersten Arbeitsmarktes vermieden werden.

Außerdem ist fraglich, ob diese Beschäftigungsverhältnisse mit der notwendigen Qualifizierung für den in Frage kommenden Personenkreis vereinbar sind.

Die FDP-Ratsfraktion steht nach wie vor und aus guten Gründen einem öffentlich subventionierten zweiten Arbeitsmarkt sehr kritisch gegenüber. Dabei spielt es keine Rolle, ob dies über eine KIBA-ähnliche Gesellschaft geschieht oder über die von der CDA geforderte Umwandlung der KdU in aktive Leistungen in anderer Trägerschaft.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer